

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	219
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	407/2017, ersetzt 320/2017
		GZ:	StU
Sitzungstermin:	30.05.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, BM Pätzold		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / fr		
Betreff:	Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart zum Entwurf des Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 09.05.2017, öffentlich, Nr. 178

Ergebnis: Zurückstellung der Mitteilungsvorlage GRDRs 320/2017

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 16.05.2017, GRDRs 407/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart zum Entwurf des Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart (Anlage 3) wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Der Antrag Nr. 160/2017 vom 24.05.2017 der CDU-Gemeinderatsfraktion, "Änderungsantrag zur Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart zum Entwurf des Regionalverkehrsplans (RVP) des Verbands Region Stuttgart - GRDRs 407/2017" ist als Tischvorlage verteilt worden und liegt dieser Niederschrift bei.

Einleitend weist BM Pätzold darauf hin, dass die in der Sitzung des Ausschusses am 09.05.2017 geäußerten Änderungswünsche in die neue Beschlussvorlage GR Drs 407/2017 eingeflossen sind, die die bisherige Mitteilungsvorlage GR Drs 320/2017 ersetzt. Er fährt fort, der Regionalverkehrsplan sei ein Fachplan zum Regionalplan und ersetze nicht das Verkehrsentwicklungskonzept 2030 der Landeshauptstadt Stuttgart und auch nicht den Aktionsplan "Nachhaltig mobil". Beide seien weiterhin die Grundlage für Verkehrsuntersuchungen, Verkehrsgutachten und Verkehrsplanungen in Stuttgart, die dann schlussendlich für die einzelnen Projekte entscheidend seien.

Projekte wie der Ausbau der Nord-Süd-Straße oder der B14-Anschluss Büsnauer Straße seien im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept für Vaihingen zu sehen. Es müsse immer das ganze System betrachtet werden. Diskutiert werde auch über ein mögliches P+R-Parkhaus, über eine Seilbahn, über eine Taktverdichtung bei der Stadtbahn und über einen möglichen Ausbau der Knoten. Im Rahmen der Vorstellung des Verkehrskonzepts Vaihingen werde zum Thema Nord-Süd-Straße berichtet werden. Auch beim B10-Anschluss Neuwirtshaus oder der MEA-Brücke müsse der Gesamtzusammenhang gesehen werden, der sich in den Verkehrsplanungen für Zuffenhausen darstelle. Die einzelnen, noch zu diskutierenden Projekte könnten als "Platzhalter für das Gesamtthema" verstanden werden.

Weiter geht BM Pätzold auf den Antrag Nr. 160/2017 ein und betont, die Stellungnahme der Verwaltung zur Filderauffahrt werde "zu freundlich" interpretiert. An die Filderauffahrt mache die Verwaltung sehr viele Fragezeichen. Die kurze Variante habe keine entlastenden Auswirkungen auf die Stuttgarter Innenstadt. Die zunächst sehr einfach überprüfte lange Filderauffahrt habe zwar Auswirkungen auf die Innenstadt, aber eine Reihe von ungeklärten Themen, zum Beispiel was den Eingriff in das Neckartal und die Anschlüsse angehe, und nicht zuletzt, was die Finanzierung der Kosten - etwa eine halbe Mrd. € - angehe und den Zeitpunkt der Realisierung. Dass die Stadtverwaltung dieser Variante aufgeschlossen gegenüberstehe treffe nicht zu.

Ebenso verhalte es sich beim Nord-Ost-Ring. Dieser habe keine entlastenden Auswirkungen auf die Innenstadt. Dass die CDU-Gemeinderatsfraktion im Antrag Nr. 160/2017 eine Entlastung am Pragsattel befürworte, habe ihn überrascht. Die verkehrslenkenden Maßnahmen Rosensteintunnel und Pragsatteltunnel zielten darauf ab, dort mehr Verkehr abzuwickeln. Die Diskussionen auch am heutigen Morgen zum Nahverkehrsentwicklungsplan und zum Luftreinhalteplan hätten gezeigt, dass sich die Stadt auf Projekte besinnen müsse, die schnell zu realisieren seien. Sowohl die Filderauffahrt als auch der Nord-Ost-Ring hätten einen Horizont, der wahrscheinlich hinter dem Jahr 2030 liege. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung erfolge immer unter der Prämisse, dass es ein Verkehrskonzept und stadteigene Planungen gibt, die dann letztlich zu Vorschlägen an den jeweiligen Standorten führen.

StR Kotz (CDU) lobt zunächst die neue Vorlage als "klarer, übersichtlicher" und erläutert den Antrag seiner Fraktion. Die Stellungnahme zur Filderauffahrt (Anlage 3, Seite 2) interpretiere er nach wie vor positiv. Lediglich der letzte Satz: "Diese Filderauffahrt kann ohne eine zufriedenstellende Lösung des Anschlusses im Neckartal nicht befürwortet werden" solle gestrichen werden und durch die folgende Formulierung ersetzt werden: "Im Zusammenhang mit der weiteren Planung der Filderauffahrt in der Variante mit langem Tunnel ist deshalb auch eine zufriedenstellende Anbindung an die B10 und B14 im Neckartal zu planen."

StR Peterhoff (90/GRÜNE) spricht die RVP-Maßnahmen Nr. 293 - B14-Anschluss Büsnauer Straße - und Nr. 390 - Nord-Süd-Straße - an. Die Verkehrslösungen für Vaihingen, die den ÖPNV betreffen, seien noch nicht ausreichend berücksichtigt. Diskutiert würden eine Seilbahn innerhalb des neuen Quartiers, eine Expressbuslinie, eine Park-and-Ride-Lösung, um die ÖPNV-Kapazitäten zu erhöhen und die zukünftige Belastung durch die zu erwartenden Verkehrszunahmen gering zu halten. Er beantrage, bei der Stellungnahme der Verwaltung zur Nord-Süd-Straße den folgenden Satz zu ergänzen: "Wie jedoch verkehrliche Verbesserungen auch durch den ÖPNV erfolgen können soll das Verkehrsgutachten ermitteln." Was die RVP-Maßnahme Nr. 290 - MEA-Brücke - angehe, so lehne seine Fraktion die von der Stadtverwaltung gewünschte Einstufung in die Kategorie "höchste Dringlichkeit" ab und beantrage eine Abstimmung zu diesem Punkt.

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Filderauffahrt könne seine Fraktion nicht zustimmen. Das Projekt werde nicht für realisierbar gehalten. Die Kosten mit einer halben Mrd. € anzusetzen, halte er für sehr optimistisch. Viel gravierender aber sei, dass es keine Möglichkeit für eine befriedigende Anschlusslösung im Neckartal gebe. Der Nord-Ost-Ring mache ohne die Filderauffahrt keinen Sinn und führe zu einer Mehrbelastung auf der B 10. Nur ein geringer Teil ganz im Norden sei überhaupt im Bundesverkehrswegeplan für den weiteren Bedarf enthalten. Seine Fraktion sehe auch hier keine Realisierbarkeit in absehbarer Zukunft. Das Projekt werde strikt abgelehnt.

StR Körner (SPD) dankt für die Überarbeitung der Vorlage. Der Stellungnahme des Beauftragten der Stadt für die Belange der Menschen mit Behinderung und auch der Stellungnahme der SSB werde nun mehr Gewicht verliehen. Dem Ergänzungsvorschlag der Fraktion 90/GRÜNE bei der Stellungnahme zur Nord-Süd-Straße könne sich seine Fraktion gerne anschließen. Ansonsten gebe es beim Thema Straßenprojekte durchaus Unterschiede zwischen den Fraktionen von 90/GRÜNE und SPD. Seine Fraktion habe in den letzten Jahren mehrere Projekte, auch Tunnelprojekte, in Stuttgart vorangebracht, die auch zur Entlastung der Menschen dienen, die in Feuerbach, Vaihingen oder Heslach wohnen. Die großen Chancen, die sich am Neckarknie auftun - "Stadt am Fluss" - seien auch nur mit dem Rosensteintunnel möglich geworden.

Den Nord-Ost-Ring lehne seine Fraktion ab, so StR Körner weiter, weil sie negative Auswirkungen für die Stadt befürchte. Er beantrage, die Stellungnahme der Verwaltung zum Nord-Ost-Ring um zwei Sätze zu erweitern: "Positiv beurteilt die Landeshauptstadt den Ausbau der L1115 von Backnang nach Mundelsheim. Dieser Ausbau stellt die bessere Alternative einer Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts dar." Im Luftreinhalteplan würden der Ausbau dieser Landesstraße und die Hochstufung zur Bundesstraße extra aufgeführt. Die Maßnahme sei sinnvoll. Zugleich habe man mit der Formulierung nicht einfach nur ein Nein zum Nord-Ost-Ring, sondern gebe den Hinweis, dass man dort sehr wohl etwas tun könne.

Bei der Filderauffahrt rate er zur Ehrlichkeit. Alle wüssten im Grunde, dass sie in den nächsten Jahrzehnten nicht kommen werde. Sie stehe weder im Bundesverkehrswegeplan noch im Generalverkehrsplan des Landes. Seine Fraktion schlage vor, den letzten Satz in der Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Filderauffahrt zu streichen.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) kritisiert, wenn in den Gremien über Mobilität und Verkehr diskutiert werde, gehe es meist nur um den Ausbau von Straßen und Parkie-

rungsflächen. Vom öffentlichen Nahverkehr sei kaum die Rede. Die Stadt habe sich das Ziel gesetzt, den Verkehr in der Innenstadt um 20 % zu reduzieren. Straßenausbau führe allerdings immer zu mehr Verkehr. Die Politik auf regionaler und kommunaler Ebene mache das Fahren mit dem Auto attraktiver und gehe grundsätzlich in die falsche Richtung. Den wichtigen Zielen "Luftreinhaltung, lebenswerte Stadt, Umweltaspekte beachten" werde keine Beachtung geschenkt. Die Fraktionsgemeinschaft lehne die Stellungnahme der Verwaltung zum RVP ab, wie auch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nord-Ost-Ring und Filderauffahrt. Auch der Ausbau der Nord-Süd-Straße finde keine Zustimmung, weil noch kein Konzept vorliege, wie der Verkehr in Vaihingen geregelt werden solle unter der Maßgabe, den Verkehr zu reduzieren. Auch die Verkehrsprobleme in Vaihingen könnten nicht durch Straßenausbau gelöst werden. Den Projekten in Vaihingen werde die Fraktionsgemeinschaft nur zustimmen, wenn es eine Lösung des Verkehrs gibt, die die Reduzierung des Individualverkehrs beinhaltet.

StRin Bodenhöfer-Frey (FW) begrüßt, dass die Stellungnahme bezüglich der Belange der Menschen mit Behinderung in die neue Vorlage aufgenommen worden ist. Befremdet habe sie, dass die Filderauffahrt ohne zufriedenstellende Lösung des Anschlusses im Neckartal von der Stadtverwaltung nicht befürwortet wird. Der Anschluss sei doch bereits seit über 20 Jahren an der Einöd fertiggestellt.

BM Pätzold weist darauf hin, dass dieser sich auf die alte Variante bezogen hat.

StR Brett (AfD) teilt mit, dass er sich den Ausführungen von StR Kotz anschließt.

StR Conz (FDP) betont, er werde der Vorlage nicht zustimmen, weil er die Stellungnahme der Verwaltung zu Filderauffahrt und Nord-Ost-Ring ablehne.

Die Beschlussvorlage sehe vor, dass ein Gesamtpaket verabschiedet werde, bemerkt StR Dr. Schertlen (STd). Die einzelnen Maßnahmen würden zu gegebener Zeit dann noch einmal diskutiert. Er erinnert an den Antrag Nr. 224/2015, den er gemeinsam mit der FDP gestellt habe und der eine regionale Verkehrsverbindung Nord-Ost auch für Fernradweg und S-Bahn kombiniert mit Straße vorsehe. Einzig die dort vorgeschlagene Streckenführung, die von der derzeit diskutierten Streckenführung für Nord-Ost-Ring und Filderauffahrt abweiche, halte er für sinnvoll.

OB Kuhn führt aus, bevor er zur Abstimmung über die Änderungsanträge komme, wolle er darauf hinweisen, dass die Nord-Ost-Umfahrung im Bundesverkehrswegeplan teilweise enthalten ist, die Filderauffahrt nicht. Nach seiner Überzeugung werde die Nord-Ost-Umfahrung ohne die Filderauffahrt für die Stadt Stuttgart Zusatzbelastungen bringen. Als positive Maßnahme für Stuttgart im Bundesverkehrswegeplan sei der Ausbau von A 8 und A 81 zu beurteilen, dem sich die Landesregierung vordringlich widmen wolle, weil damit wenigstens eine befahrbare Umgehung von Stuttgart möglich werde. Er halte nichts davon, in der regionalen Verkehrspolitik auf Projekte zu setzen, die absehbar nicht zu realisieren seien, wie die Filderauffahrt. Auch sei er der Meinung, dass das Verkehrsproblem langfristig nicht durch neue große Umfahrungen oder Tunnels gelöst werden könne, sondern in erster Linie, indem man sich auf den ÖPNV konzentriere. Ausnahmen - Umgehungsstraßen aus sozialen Gründen und Lärmschutzgründen - werde es auch immer geben müssen.

Angesichts des Widerstands, der sich in den betroffenen Gemeinden gegen eine Nord-Ost-Umfahrung aufbaue, glaube er nicht an deren Realisierung. Er appelliere an die

CDU-Fraktion, in der städtischen Mobilitätspolitik nicht auf solche aussichtslosen Maßnahmen zu setzen. Anders verhalte es sich beim Vorschlag der SPD zum Ausbau der L1115, der eine konkrete Verbesserung darstelle für den Verkehrsfluss zwischen zwei Gemeinden und den Stau reduziere.

StR Kotz begründet nochmals die Änderungsanträge seiner Fraktion.

OB Kuhn führt die Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge bezüglich der Stellungnahme der Stadtverwaltung zum RVP herbei.

Filderauffahrt

Antrag der CDU-Fraktion: Streichen des letzten Satzes "Diese Filderauffahrt kann ohne eine zufriedenstellende Lösung des Anschlusses im Neckartal nicht befürwortet werden" und Anfügen des Satzes "Im Zusammenhang mit der weiteren Planung der Filderauffahrt in der Variante mit langem Tunnel ist deshalb auch eine zufriedenstellende Anbindung an die B10 und B14 im Neckartal zu planen."

Der Antrag wird bei 8 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion: Streichung des letzten Satzes "Diese Filderauffahrt kann ohne eine zufriedenstellende Lösung des Anschlusses im Neckartal nicht befürwortet werden".

Dem Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Nord-Ost-Ring

Antrag der CDU-Fraktion: Anstelle der vorgeschlagenen Stellungnahme soll die Stellungnahme neu lauten: "Die Stadt Stuttgart kann nachvollziehen, dass das Projekt Nord-Ost-Ring in den Kommunen, auf deren Gemarkung die Trasse verlaufen soll, aus deren Sicht strittig diskutiert oder auch teilweise abgelehnt wird. Für die Stadt Stuttgart ermöglicht der Bau Verkehrsentlastungen, im Schwerpunkt im verkehrlich stark belasteten Stuttgarter Norden und am Pragsattel. Weiterhin schafft die Maßnahme deutlich bessere Verkehrsbeziehungen innerhalb der Region Stuttgart, von denen die meisten Einwohner der Region sowie die Wirtschaft erheblich profitieren würden. Vor diesem Hintergrund soll die Maßnahme in der Kategorie 'höchste Dringlichkeit' verbleiben".

Der Antrag wird bei 8 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion: Anfügen des Satzes "Positiv beurteilt die Landeshauptstadt Stuttgart den Ausbau der L1115 von Backnang nach Mundelsheim. Dieser Ausbau stellt die bessere Alternative einer Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts dar.

Dem Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen zugestimmt.

MEA-Brücke

Antrag der Fraktion 90/DIE GRÜNEN: Streichen des Satzes "Sie dient zur besseren Erreichbarkeit eines regional bedeutenden Gewerbestandorts, entlastet die Schwieberdinger Straße in Zuffenhausen und ist deshalb in die Kategorie 'höchste Dringlichkeit' einzustufen."

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nord-Süd-Straße

Antrag der Fraktion 90/DIE GRÜNEN: Hinzufügen des Satzes "Wie jedoch verkehrliche Verbesserungen auch durch den ÖPNV erfolgen können, soll das Verkehrsgutachten ermitteln."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abschließend stellt OB Kuhn die GRDRs 407/2017 mit den beschlossenen Änderungen zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag der GRDRs 407/2017 mit den beschlossenen Änderungen in Anlage 3 bei 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat SI
SI-BB
 5. BezÄ Ca, Feu, Hed, Mö, P-B, Si,
Sta, Vai, Weil, Zu
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN